



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen II/60/600/Ma

Wolfenbüttel, den 31.05.2018

Protokoll

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung

Sitzungstermin:	Montag, 28.05.2018
Sitzungsbeginn:	17:46 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Dorfgemeinschaftshaus Remlingen, Gaststätte "Zum Asseblick", Asseweg 20, 38319 Remlingen

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Löhr, Norbert

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Bosse, Marcus

Ordentliche Mitglieder

Barnstorf-Brandes, Jürgen
Susanne Fahlbusch

Vertreterin für Joachim
Eichenlaub

Ganzauer, Oliver
Glier, Andreas
Koch, Manfred
Münch, Janna
Nagel, Hilmar
Stoppok, Arnfred
Plumeyer, Henning

Vertreter für Alexander von
Veltheim

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Fach, Thomas

Beratende Mitglieder

Dalchow, Olaf
Grenz, Stephan

Von der Verwaltung

Schillmann, Claus-Jürgen
Volkers, Sven

Dezernent II
Amtsleiter Amt Bauen und
Planen

Wilhelm, Andree

Referat Steuerung und
Öffentlichkeitsarbeit

Maier, Susanne

Schriftführerin

Es fehlen:

Eichenlaub, Joachim
von Veltheim, Alexander
Brandt, Volker
Grabenhorst-Quidde, Sarah
Polzin, Bruno
Schwetje, Gerhard

Kreislandwirt

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 09.04.2018 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Masterplan Kloostergut Heiningen
Vorlage: XVIII-0294/2018
7. Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage - Weiterentwicklung und Fortsetzung der Asse 2 Begleitgruppe Asse II; hier: Bericht der Verwaltung
8. Forum Asse; hier: Bericht der Verwaltung
9. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
10. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Löhr eröffnet um 17:46 Uhr die 10. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung des XVIII. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Er weist insbesondere auf die im Anschluss stattfindende Veranstaltung bezüglich des Forums Asse hin.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Löhr fragt, ob Änderungen und/oder Ergänzungen der Tagesordnung beantragt werden. Änderungs- und Ergänzungswünsche liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 09.04.2018 (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung einstimmig bei 1 Enthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf. Da keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt. Da keine Anfragen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 6 Masterplan Klostergut Heiningen Vorlage: XVIII-0294/2018

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dezernent Schillmann erläutert die Vorlage Nr.: XVIII-0294/2018 anhand einer Präsentation.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Bock (Freundeskreis der Stiftung Kulturgut Klostergut Heiningen e.V.) erläutert das Prinzip der beteiligten Stiftungen. Zzt. handele es sich bei der Braunschweigischen Stiftung um eine Treuhandstiftung, da bisher das Kapital fehle, eine rechtsfähige Stiftung zu gründen. Der Masterplan diene dazu, mit potenziellen Nutzern Konzepte für einzelne Gebäude und Landschaftsflächen zu entwickeln. Das Ziel sei es, dass einzelne Gebäudeteile aus dem Privatbesitz in die Stiftung überführt werden und somit auf Dauer gemeinnützig seien. Das historische Ensemble als Ganzes solle erhalten bleiben. Darüber hinaus solle auch die Öffentlichkeit wieder verstärkt Zugang zu dem Gelände haben. Abschließend führt er aus, dass die Samtgemeinde Oderwald in diesem Jahr Dorfregion geworden sei, was bedeute, dass in den nächsten Jahren voraussichtlich Fördergelder zur Verfügung stehen würden.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Dezernent Schillmann und bei Herrn Bock und eröffnet die Aussprache.

Auf Nachfrage von KAbg. Barnstorf-Brandes, wieviel ha wirtschaftlich genutzter Fläche noch zu dem Klostergut gehörten, antwortet Dezernent Schillmann, es seien 1 ½ ha wirtschaftliche Fläche. Der Rest sei verkauft worden.

KAbg. Plumeyer erkundigt sich nach der Konzeption der Stiftungen. Herr Volkens führt aus, dass es zwei Stiftungen gebe. Die Treuhänderin sei die Braunschweigische. Diese bringe sich in Person von Herrn Richter für die Finanzierungskompetenz ein. Darüber hinaus gebe es die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz, die am Erhalt dieses Kulturgutes interessiert sei und sich an der Finanzierung beteilige. Dezernent Schillmann ergänzt, dass die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz bestrebt sei, das Projekt langfristig zu fördern. Dem Landkreis gehe es darum, die Voraussetzungen zu schaffen. Die Studie solle als Impulsgeber dienen.

Dezernent Schillmann bestätigt auf Nachfrage von KAbg. Plumeyer, dass auch Fragen des Denkmalschutzes mit berücksichtigt werden würden.

KAbg. Glier merkt an, dass er sich wundere, warum der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit in der Angelegenheit nicht beteiligt werde. Dezernent Schillmann erklärt, dass der Betrag bereits als Planungsmittel im Haushalt zur Verfügung stehe und somit der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nicht gefordert sei. KAbg. Glier führt weiter an, man

hätte dieses Thema bereits bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 mit berücksichtigen können. Dezernent Schillmann antwortet, dass die Grundidee gewesen sei, die Finanzierung über die Stiftung Zukunftsfonds Asse laufen zu lassen. Von dort sei jedoch eine Absage erfolgt. Der zur Verfügung stehende Betrag sei für ein Projekt im Bereich der Stadt Wolfenbüttel vorgesehen gewesen, für das dieser jedoch nicht benötigt werde. Daher biete sich hier die Möglichkeit, mit dem Geld dieses Projekt kurzfristig zu fördern.

KAbg. Glier fragt weiter, ob bezüglich des zu vergebenen Auftrags ein Vergabeverfahren durchgeführt werden müsse. Dezernent Schillmann gibt an, dass es hier um einen Zuschuss für das Projekt gehe. Die Vergabe sei Angelegenheit der Braunschweigischen Stiftung.

KAbg. Plumeyer erkundigt sich, warum gerade diese ausgewählten Personen den Masterplan erarbeiten sollen in dem Hinblick darauf dass er die Kosten für sehr hoch halte. Dezernent Schillmann führt die Qualifikationen der vier Personen aus. Er stellt klar, dass auch nicht der komplette Betrag von 25.000,00 € zur Verfügung gestellt werden müsse, dass dieser aber zur Verfügung stehen würde. Darüber hinaus erläutert er, dass es sich bei dem Projekt um einen fließenden Prozess aus einer Mischung aus konkreter Verpflichtung zur Bezahlung und persönlichem Engagement der beteiligten Personen handele.

KAbg. Ganzauer führt aus, dass er das Projekt als Chance sehe, das Klostergut als Kulturgut zu erhalten. Weiterhin bestätigt er die Auffassung von Dezernent Schillmann, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nicht beteiligt werden müsse, da der Betrag bereits im Haushalt eingestellt sei.

KAbg. Plumeyer stellt klar, dass seine Fraktion der Drucksache in dieser Sitzung nicht zustimmen werde, da noch Beratungsbedarf bestehe. Weiterhin erklärt er, dass eine mögliche Zustimmung zur Bezuschussung der Studie nicht bedeute, dass zukünftig eine Beteiligung an den Baukosten erfolge. Dezernent Schillmann bestätigt, dass er den Landkreis nicht in der Pflicht sehe, zukünftig weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Herr Grenz fragt, wer den Masterplan nach dessen Aufstellung weiter verfolge und gibt an, dass bereits eine Entwicklungsstudie bestehe. Dezernent Schillmann erläutert, dass mit dem Masterplan eine Grundlage geschaffen werden solle, um das Interesse privater Investoren zu wecken. Mit dem Masterplan solle die Entwicklungsstudie konkretisiert werden. Er sagt zu, dass die ergebnisoffene Entwicklungsstudie der Fa. Assmann Beraten + Planen GmbH vom 22.03.2013 dem Protokoll beigefügt werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Entwicklungsstudie ist als **Anlage 2** beigefügt.

KAbg. Glier erklärt, dass seinerseits keine grundsätzlichen Einwände gegen den Masterplan bestehen würden, dass die Vorlage und die diesbezüglichen Erläuterungen aber gezeigt hätten, dass noch weiterer Beratungsbedarf bestehe.

KAbg. Nagel stellt klar, dass etwas passieren müsse, da es der Familie Degener aus eigener Kraft nicht möglich sei, die Sanierung vorzunehmen.

KAbg. Stoppok sagt, dass er das Projekt als sehr positiv ansehe und dass er den Betrag, der zur Verfügung gestellt werden soll, für angemessen halte.

KAbg. Koch fragt, warum die Studie nicht von der Fa. Assmann Beraten + Planen GmbH durchgeführt werden soll, da diese das Gelände bereits kenne. Darüber hinaus erkundigt er sich nach den Gesamtkosten der Studie. Dezernent Schillmann antwortet, dass die Gesamtkosten 45.000,00 € betragen würden. Herr Volkers führt darüber hinaus aus, dass die Projektgruppe gut

zusammenpassen müsse. Die ausgewählten Personen hätten in der Vergangenheit in der Zusammenarbeit bereits gute Erfahrungen gemacht.

KAbg. Koch bittet Dezernent Schillmann um eine kurze Darstellung, wie sich der Gesamtbetrag in Höhe von 45.000,00 € zusammensetzt. Dezernent Schillmann sagt zu, dies zu klären und den Sachstand mitzuteilen.

KAbg. Bosse erklärt, dass offensichtlich bei Einigen noch Beratungsbedarf bestehe. Er stellt den Antrag, die Vorlage zur Beratung zurück an die Fraktionen zu verweisen.

Ohne weitere Aussprache fasst daraufhin der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr. XVIII-0294/2018 wird zur Beratung in die Fraktionen zurückverwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussfassung an den Kreistag abzugeben.

TOP 7 Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage - Weiterentwicklung und Fortsetzung der Asse 2 Begleitgruppe Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dieser führt aus, dass es eine Sitzung der Asse-II-Begleitgruppe stattgefunden habe, bei der sich die Gruppe erstmalig konstituiert habe.

Ein Schwerpunktthema sei die Rückholung gewesen. Hierzu sei ein Sachstandsbericht erfolgt. Darüber hinaus wurde über die Fortführung der wissenschaftlichen Begleitung gesprochen. Es sei sich die Frage gestellt worden, wie die Wissenschaftler der AGO weiter beschäftigt werden könnten. Es solle zunächst eine Übergangslösung für ein halbes Jahr gefunden werden. Weiterhin solle jetzt in den einzelnen Gruppierungen überlegt werden, welche Bedarfe an wissenschaftlicher Expertise bestehen würden, damit im Rahmen des Europäischen Vergaberechts zielgerichtet ausgeschrieben werden könne. Insbesondere habe das Thema Strahlenmedizin einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Problematisch sehe er, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) die Beauftragung nicht selbst durchführen würde, sondern diese Aufgabe an die Bundesgesellschaft für Endlagerung GmbH (BGE) übertragen habe. Somit würde der Betreiber seine eigenen Kontrolleure beauftragen. Ein weiteres Thema sei die Bildung einer Koordinierungsstelle gewesen. Diese solle zukünftig bei der Samtgemeinde Elm-Asse angesiedelt sein. Man sei dabei, den Arbeitsumfang zu konkretisieren um dann mit dem BMU gemeinsam die entsprechenden Ausschreibungen vornehmen zu können.

In der nächsten Sitzung der Asse-II-Begleitgruppe sei u. a. als Thema die Konditionierung der Abfälle geplant.

Insgesamt gebe es eine deutliche Entspannung und Lösungsorientierung bei der Zusammenarbeit.

Abschließend informiert er noch, dass Frau Heinen-Esser als Ministerin nach Nordrhein Westfalen gewechselt sei, was einen herben Verlust darstelle.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Dezernent Schillmann und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Nagel erkundigt sich, ob es bereits einen Termin zur Einrichtung der Geschäftsstelle gebe. Dezernent Schillmann verneint dies. Wunschtermin sei Anfang 2019 gewesen. Nach seiner Einschätzung sei mit der Einrichtung Mitte 2019 zu rechnen.

Da keine weitere Wortmeldungen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 8 Forum Asse; hier: Bericht der Verwaltung

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Volkers.

Dieser stellt das Forum Asse anhand einer Präsentation dar und verweist auf die nachfolgende Veranstaltung.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist als **Anlage 3** beigefügt.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Herrn Volkers und bittet um Wortmeldungen.

Herr Dalchow fragt nach, ob das angedachte Boardinghouse in der Asse noch immer ein Thema sei. Herr Volkers antwortet, dass dieses Konzept mit in das Forum Asse an dem gewählten Standort in Remlingen mit einfließen würde. Er führt weiter aus, dass geplant sei, die Reaktivierung der „Assewirtschaft“ im Rahmen der Stiftung Zukunftsfonds Asse voranzutreiben.

Da keine weiteren Fragen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 9 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Wichtige Angelegenheiten liegen nicht vor.

TOP 10 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Da keine Anfragen gestellt werden, schließt Vorsitzender Löhr um 18:45 Uhr mit Dank für die gute Zusammenarbeit die Sitzung.

Protokollführerin

Dezernent

gez. Löhr

Vorsitzender